

Sommerakademie St. Bonifaz 2013

„Kulturkampf in Bayern“

Bismarcks Kulturkampf. Motive und Gegner

Von Prof. Dr. Hermann Rumschöttel

1

Unser Thema ist Bismarck und der Kulturkampf, Preußen-Deutschland und die katholische Kirche. Lassen Sie mich im Stil einer damals zeitgenössischen Kunstrichtung, lassen Sie mich impressionistisch beginnen.

Zunächst ein Farbtupfer aus dem 18. Jahrhundert: Der Preußische König Friedrich der Große antwortete 1740 auf eine Anfrage aus seiner Verwaltung, ob ein Katholik das Bürgerrecht erwerben könne: „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, so sie professieren [bekennen], ehrliche Leute sind. Und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peuplieren [besiedeln], so wollen wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen. Ein jeder kann bei mir glauben, was er will, wenn er nur ehrlich ist.“

Gut 130 Jahre später, im ersten Jahrzehnt des so genannten Bismarck-Reiches, sprach Papst Pius IX. mit Blick auf politische Vorgänge im preußisch-deutschen Kaiserreich von einer „Verfolgung der Gläubigen in Deutschland“, also von einer Art neuer Christenverfolgung, und die Zeitungen berichteten unter anderen über einen evangelischen Prediger, der lieber eine Mietwohnung leer stehen ließ, als sie einem unschuldig in Not geratenen Katholiken zu überlassen.

1885, noch war der Kulturkampf nicht abgeschlossen, erhielt der staatliche Protagonist dieser tief greifenden politischen Auseinandersetzung, der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Fürst Otto von Bismarck als erster und bisher einziger Protestant von Papst Leo XIII. den Christusorden, also die höchste Auszeichnung des Heiligen Stuhls.

Und schließlich eine persönliche, eine familiäre Reminiszenz. Mein protestantischer Urgroßonkel Hermann Rumschöttel, Bruder des preußischen Landrats in Mönchengladbach, war ein Mann der preußischen Industrie und des gehobenen preußischen Bürgertums, Geheimer Baurat und Eisenbahningenieur, lange Jahre auch Stadtverordneter in Berlin. Von 1887, dem Jahr des so genannten 2. Friedensgesetzes zum Abschluss des Kulturkampfes, bis 1894 baute er in Japan die Kiushubahn. Bei seiner Rückkehr ins Deutsche Reich, Hermann Rumschöttel war damals 50 Jahre alt und der Kulturkampf eigentlich schon Geschichte, wurde im Rahmen einer Festveranstaltung ein Lobgedicht auf ihn vorgetragen, aus dem ich einige Verse zitieren möchte:

„Rumschöttel, so heißt der Mann, welcher dies und andres kann. Wenn die Bahn Dich schöttelt rum, wundere Dich nicht Publikum.

Doch nicht bloß für Eisenbahn hat Verständnis dieser Mann, für Brokat und Politik zeigt er Neigung und Geschick.

Alle Juden hasst er sehr, Katholiken noch viel mehr. Und den ganzen Bauernstand sollt man jagen aus dem Land.

Dass die schöne Industrie blühen könnte wie noch nie. Überall Fabrikgebäude, Herrgott, welche Augenweide.“

„Alle Juden hasst er sehr, Katholiken noch viel mehr.“ – 30% der preußischen Bevölkerung waren damals katholisch, der Katholikenanteil im gesamten Deutschen Reich lag bei 37%. Große Gebiete hatten eine katholische Mehrheit, nicht nur Bayern und Baden, auch Elsaß-Lothringen oder die preußischen Provinzen Westpreußen, Posen, Schlesien, Westfalen, Rheinland und Hohenzollern.

Diese einleitenden punktuellen Feststellungen sind in ihrer Widersprüchlichkeit irritierend und ich halte diesen Vortrag auch, weil mich die Frage beschäftigt, warum mein gutbürgerlicher und nach Auskunft der Lobreden anlässlich seines Todes im Jahr 1918 hoch angesehener, in der ehrwürdigen Bischofsstadt Trier geborener, protestantischer preußischer Urgroßonkel die Katholiken hasste, und ob das vielleicht mit dem von ihm ungemein verehrten Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto von Bismarck zusammenhängen könnte.

Im Kulturkampf stoßen einige der großen politischen, gesellschaftlichen und geistesgeschichtlichen Entwicklungslinien des 19. Jahrhunderts aufeinander. Die von Absolutheitsüberzeugungen bestimmten Vorstellungen der monarchischen oder konstitutionellen Nationalstaatsbewegung, ähnlich absolute Vorstellungen des Liberalismus und der erneuerten katholischen Papstkirche, dann die Emanzipation der Gesellschaft im Staat und vom Staat mit ihren Demokratisierungstendenzen und ihren Wünschen nach Partizipation, nach Teilhabe an der Machtausübung, des Weiteren einerseits anhaltende Säkularisierungsvorgänge, andererseits eine Zunahme der Wirkungsmacht des Religiösen, der Bedeutung von Religion, auch und gerade wegen den technischen und sozialen Wandels und der Ausbildung der kapitalistischen Marktwirtschaft. Je nach Position erlebten die Menschen die Konfrontationen und die Zusammenstöße als Folgen von Offensiven, von Verteidigungsschlachten oder von Präventivkriegen. Jedenfalls waren die Auseinandersetzungen heftig, eher emotional als rational und der „Große Krieg Kulturkampf“ flankiert von einer Vielzahl von „Kleinen Kriegen“ bin hinein in das letzte Dorf.

Einerseits ist der Kulturkampf also Teil struktureller Entwicklungen und gesellschaftlich-politischer Prozesse, die das 19. Jahrhundert kennzeichnen; andererseits ist er, vor allem hinsichtlich seiner Konkretisierung, seiner praktischen Umsetzung Ergebnis des Denkens und Handelns einzelner Menschen. Auch bei einer strukturellen Betrachtungsweise ist die zentrale Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte unübersehbar. Das gilt in besonderer Weise für Bismarcks Rolle im Gesamtspektrum des Kulturkampfes im Königreich Preußen und im preußisch-deutschen Reich von 1871. Der 1815 geborene, protestantische Otto von Bismarck war von 1862 bis 1890 – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1873 – Ministerpräsident des Königreichs Preußen, von 1867 bis 1871 zugleich Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes sowie von 1871 bis 1890 erster Reichskanzler des nach den sogenannten Einigungskriegen entstandenen Deutschen Reichs.

Zwar hat Bismarck in seinen viel gelesenen autobiografischen „Gedanken und Erinnerungen“ den Versuch unternommen, den letztlich für Preußen und das Reich nicht sonderlich ruhmreichen Kulturkampf dem ressortmäßig dafür zuständigen preußischen Kultusminister Adalbert Falk in die Schuhe zu schieben. Er selbst sei wegen Krankheit und Überlastung an den problematischen Kampfmaßnahmen recht eigentlich nicht beteiligt gewesen. Aber dieses

Bild – für Politikermemoiren nicht untypisch – entspricht nicht der Wirklichkeit. Man darf im Gegenteil im Reichskanzler geradezu den Generalstabschef und Oberkommandierenden der staatlichen Kulturkampftruppen sehen. Kraftvoll hat er die Schlacht eröffnet und den Kampf mit größtem Engagement geführt – und er hat ihn fortgesetzt, auch nachdem er erkannt hatte, dass mit einem Erfolg, mit einer Erreichung der strategischen Ziele nicht mehr zu rechnen war.

Die Akten zeigen, dass sich der Reichskanzler intensiv an der Gesetzesvorbereitung beteiligte, und dass ihm bis 1878 partiell schärfere und weitreichendere Maßnahmen vorschwebten als seinem Kultusminister. Natürlich war er nicht die einzige treibende Kraft. Wichtige Anstöße kamen aus Baden und Bayern und sowohl die Liberalen wie das Zentrum und die Kirche spielten tragende Rollen. Aber die Eröffnung, den Ablauf und die Beilegung des preußisch-deutschen Kulturkampfes bestimmte in erster Linie Bismarck, auch wenn das Heft des Handelns nicht ausschließlich bei ihm lag.

3

Wenn wir zunächst einen Blick auf die persönliche Frömmigkeit Bismarcks werfen, seine immer wieder analysierte individuelle Religiosität, so muss ich mich auf einige wenige Beobachtungen beschränken, denn der Spannungsbogen zwischen der pietistischen Bekehrung im pommerschen Erweckungskreis in den 1840er Jahren und der Äußerung von 1890 „Leider sei er während der Kämpfe der letzten Jahrzehnte dem Herrn ferner gerückt.“ ist, um mit Theodor Fontane zu sprechen, ein „zu weites Feld“. Die religiöse Verankerung seiner Politik war sein „privater“ Glaube an Gott, seine persönliche Gotteserfahrung als höchste Norm.

Er war weder protestantischer Kirchenchrist noch Pietist und die wichtigste Folge seiner frühen Verbindung zur Welt der Erweckung und Bekehrung in Pommern darf man wohl in den daraus resultierenden Kontakten zum kirchlich geprägten, aber letztlich politischen Konservatismus, etwa der Brüder Gerlach, sehen. Jedenfalls zeigte er ein distanziertes Verhalten gegenüber der Institution Kirche und ihren Geistlichen, aber auch – mit leicht spöttischer Note – gegenüber dem fundamentalen Pietismus. Kirchliches Leben hatte sich – so sein Ver-

ständnis der Reformation – in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, in der Gemeinde abzuspielen; auch wenn er sich selbst daran praktisch nicht beteiligte.

1882 betonte er im Parlament bei der Begründung der Sozialgesetze: „Ich, der Minister dieses Staates, bin Christ und entschlossen, als solcher zu handeln, wie ich glaube, es vor Gott rechtfertigen zu können.“ Das zweifache „ich“ in diesem Satz hebt die individuelle Religiosität deutlich hervor, eine Religiosität, deren pragmatischer Ansatz vielleicht in der folgenden Äußerung Bismarcks über die Handlungsorientierung seines Christentum im Vergleich zu dem Glaubenspietismus der Brüder Gerlach anschaulich zum Ausdruck kommt: „Wenn wir drei hier aus dem Fenster einen Unfall auf der Straße geschehen sehen, so wird der Herr Präsident [also Ludwig von Gerlach] daran eine geistreiche Betrachtung über unseren Mangel an Glauben und die Unvollkommenheit unserer Einrichtungen knüpfen, der General [also Leopold von Gerlach] wird genau das Richtige eingeben, was unten geschehen müsse, um zu helfen, aber sitzen bleiben; ich würde der einzige sein, der hinunterginge oder Leute rief, um zu helfen.“

4

Unser Thema legt es nahe, jetzt nach den kirchenpolitischen Vorstellungen Bismarcks zu fragen, denn zunächst einmal ist der Kulturkampf diesem politischen Handlungsfeld zuzuordnen. Schon in jungen Jahren, 1847, sprach Bismarck davon, dass der christliche Staat und die Kirche ganz voneinander getrennt werden müssten. Dieses theoretische Postulat wurde in der politischen Praxis lange vom traditionellen evangelischen Verständnis des Verhältnisses von christlichem Staat und Kirche, also einer eindeutigen Ein- und Unterordnung des kirchlichen und religiösen Bereichs, überlagert. Neben dem Souveränitätsmonopol des Monarchen und seines Staates konnte es keine separate Souveränität der Kirche geben. Der Krone hatten sich alle zu unterwerfen. In der Praxis ging es dabei zunächst um die Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche sowie um eine Entkirchlichung des Staates und eine Entstaatlichung der Kirche, was den dann getrennten göttlichen Ordnungen positive Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen würde.

Gerhard Besier hat auf die Bedeutung der kirchenpolitischen Vorstellungen des Theologen und Publizisten Friedrich Fabri für Bismarcks eigene Konzepte aufmerksam gemacht.

Konkrete Maßnahmen sollten nach Fabri unter anderen sein die Trennung von Kirche und Schule, die Unterstellung der Religionsangelegenheiten unter den Justizminister statt unter den Kultusminister, die staatliche Finanzierung zur Verwirklichung der kirchlichen Selbständigkeit, die Anerkennung der Zivilehe und die Aufhebung des landesherrlichen Kirchenregiments.

Kennzeichen von Bismarcks christlichem Staat war nicht mehr die enge Verbindung von Politik und Religion im Schulterschluss von Staat und Kirche. Der staatliche Bezug zur Religion, das war für ihn die verantwortliche politische Führung des souveränen Gemeinwesens durch einen von der Kirche unabhängigen christlichen Staatsmann. Dieser – und nur dieser – ist sozusagen das Verbindungsglied zu Gott, die Kirche oder die Männer der Kirche hatten in der Politik nichts zu suchen. Deswegen sind seine kirchenpolitischen Vorstellungen auch gegen die traditionelle Stellung der evangelischen Kirche gerichtet, was zu erheblichen Widerständen konservativer Protestanten führte. Nichts macht das deutlicher als sein erregter Satz gegenüber Kultusminister von Mühler im Jahr 1871, also am Vorabend der Auslösung des Kulturkampfes in Preußen: „Da Sie mich hinderten an der Ausführung [meiner Pläne] in der evangelischen Kirche, so muß ich über Rom hinein.“

Und im Mai 1872 griff er „als evangelischer Christ“ den Katholiken Ludwig Windthorst, seit 1871 Führer des Zentrums und Bismarcks großer und gehasster Antipode im Kulturkampf, mit dem Satz an: „Wenn er glaubt, daß die Trennung der evangelischen Kirche von Staat und Politik für die evangelische Kirche tödlich sei, so muß ich ihm [...] entgegnen, daß ihm zu meinem Bedauern der wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen ist.“ Bismarcks Satz „Ich habe gegen Politiker in langen Kleidern, weibliche und priesterliche, immer Mißtrauen gehegt“ richtete sich gegen Protestanten und Katholiken gleichermaßen. Über den evangelischen Theologen und Hofprediger Adolf Stoecker meinte er: „Ich habe nichts gegen Stoecker, er hat für mich nur den einen Fehler als Politiker, daß er Priester ist und als Priester, daß er Politik treibt.“

Von Mühler hat nach seiner Entlassung als preußischer Kultusminister über das nach seiner Meinung klar erkennbare Wunschziel der Bismarck'schen Kirchenpolitik berichtet: „Am liebsten möchte er die Kirche und die religiösen Ideen ganz aus dem öffentlichen Leben verbannen und zu einer bloßen Privatsache machen.“

Wirklichen Handlungsbedarf sah Bismarck aber erst nach der Reichsgründung. Den „Syllabus errorum“ mit der Enzyklika „Quanta cura“ von 1864 und auch das Vaticanum von 1870

bewertete Bismarck zunächst als grundsätzlich innerkirchliche Angelegenheit, obgleich im „Syllabus“ die Trennung von Staat und Kirche und eine alleinige Souveränität des Staates abgelehnt wurden. Angesichts des „kurialen Absolutismus“ des 1. Vaticanums und der damit verbundenen Gefahr einer Verstärkung der parteipolitischen Aktivitäten der Kirche entwickelte er aber Überlegungen, wie man am besten gegensteuern konnte. „Den Kampf über katholisches Dogma auf dem römischen Terrain aufnehmen, hieße für uns, den Leviathan im Wasser angreifen; lassen wir ihn aufs Trockne kommen, d.h. auf den Boden der praktischen Durchführung des Dogmas innerhalb des preußischen Staatsrechts, da sind wir ihm überlegen.“

Wesentlich kritischer als mögliche kirchenpolitische Auswirkungen des Vaticanums beurteilte er die Entstehung katholischer Parteien. Er zweifelte nicht daran, dass diese eine Gefahr für die Innenpolitik und die Politik der deutschen Einigung bedeuteten. Schon vor 1870 hatte sich bei ihm das Bild einer katholisch-partikularistischen bzw. ultramontan-demokratisch-partikularistischen Partei mit internationaler Vernetzung verfestigt, einer Partei, die mit Hilfe der Publizistik und in den Parlamenten seinen monarchischen Staat und die Reichsgründung gefährdete. Die Katholische Fraktion in Preußen, die Volkspartei in Baden und die eben gegründete Bayerische Patriotenpartei kennzeichnete eine „systematische Feindschaft“ gegenüber dem nationalen Einigungswerk, in einer Linie mit der Geistlichkeit, dem Episkopat und dem Papst, Hannover bzw. den Welfen (denen er auch Windthorst zuordnete), Polen, Frankreich, Belgien oder Österreich, innenpolitisch im Gleichklang mit den Sozialdemokraten und den konservativen Protestanten. Viel Feind, viel Ehr.

Bismarcks Eintritt in den Kulturkampf ist also mit seinen kirchenpolitischen Zielvorstellungen nicht hinreichend zu erklären. Es ging um mehr, es ging auch – und streckenweise vor allem – um anderes.

Ehe wir eine Motivanalyse vornehmen können, müssen wir uns zunächst Bismarcks Kulturkampf in seiner konkreten Abläufen und Auswirkungen vor Augen führen.

An der Spitze des preußischen Kultusministeriums stand seit 1862 Heinrich von Mühlner, ein vehementer Vertreter des Bündnisses von Staat, Kirche und Schule, von liberaler Seite als „noch römisch-katholischer als der Papst“ kritisiert. Bismarck verlangte von ihm die Auf-

nahme des Kampfes und den Entwurf eines Programms mit der Freiheit des Austritts aus der Kirche, der Zivilehe, der staatlichen Schulaufsicht, dem Verbot des Jesuitenordens und der Regelung des Plazets für kirchliche Bekanntmachungen. „Wir brauchen in diesem Kampf einen Heerführer. Wollen Sie diese Aufgabe übernehmen, so gehe ich mit Ihnen, trotz allen Volksgeschreis, durch dick und dünn. Wenn nicht, so schneide ich das Tafeltuch zwischen uns entzwei.“ Obgleich von Mühlner sich gegen seine Überzeugungen darauf einließ, erwiesen sich die Unterschiede in den kirchenpolitischen Zielen als zu groß. An von Mühlners Stelle trat am 2. Januar 1872 der Liberale Adalbert von Falk mit der Bismarck'schen Vorgabe, „die Rechte des Staates der Kirche gegenüber wieder herzustellen und zwar mit möglichst wenig Geräusch.“ Das aber war ein frommer Wunsch, denn laut war es schon vorher geworden.

Nachdem Bismarcks Versuche, die ultramontane Partei auf dem Weg über Rom quasi einzufangen, gescheitert waren, stand sein Entschluss, innenpolitisch zu handeln, im Sommer 1871 fest. Die Zentrumsparlei saß mit 60 von 382 Abgeordneten im soeben erstmals gewählten neuen Reichstag. Mit einem Artikel in der Kreuzzeitung wurde gleichsam zum Angriff geblasen. Erste konkrete Maßnahme war die Auflösung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, in der man eine Einrichtung zur Förderung eines antipreußischen und anti-deutschen polnischen Nationalbewusstseins zu erkennen glaubte. Erster Höhepunkt des Kampfes war im Dezember 1871, einer Anregung aus Bayern folgend, ein Reichsgesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, die Einfügung des so genannten „Kanzelparagraphen“.

„Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche, oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Ort vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft.“

Die einzelnen preußischen und reichsrechtlichen Regelungen des Kulturkampfes und die konkreten Maßnahmen bei ihrer exekutiven Umsetzung können im Rahmen dieses Vortrags nicht detailliert vorgestellt werden. Einige zusammenfassende Hinweise, mit denen zugleich eine gewisse Kategorisierung der Rechtsvorschriften verbunden ist, müssen genügen. Grundsätzlich standen sich dabei die politischen Lager relativ stabil gegenüber. Hier das Zentrum und die Altkonservativen, dort die Freikonservativen, die starke Fraktion der Nationalliberalen und die längste Zeit auch die Fortschrittspartei.

Auf eine Trennung von Staat und Kirche im liberalen Sinne zielten das Schulaufsichtsgesetz von 1872, das die geistliche Schulinspektion durch eine staatliche ersetzte, das Gesetz über den Austritt aus der Kirche von 1873 sowie die Einführung der Zivilehe bzw. die ausschließliche Beurkundung der Geburten, Heiraten und Sterbefälle durch staatliche Standesbeamte 1875. Alle drei Maßnahmen betrafen und trafen auch unmittelbar die protestantische Kirche.

Als antikatholische politische Kampfgesetze kann man den erwähnten und 1876 auch auf Schriftgut erweiterten Kanzelparagraphen und das ebenfalls von süddeutschen Initiativen ausgelöste Verbot des Jesuitenordens und verwandter Orden 1872 ansehen.

Mit einem dritten legislativen Komplex und wenig liberalem Staatsverständnis griff Preußen unmittelbar in innerkirchliche Angelegenheiten ein. Im Frühjahr 1873 wurden die preußischen Verfassungsartikel, die die Freiheit der Kirche garantierten, aufgehoben sowie neben anderen die Gesetze über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen, über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirche verabschiedet. Hierbei – und bei den Ergänzungsgesetzen des Jahres 1874 – ging es erkennbar um eine Zurückdrängung, eine Ausschaltung der Kurie, um die Errichtung einer nationalen Staatskirche. Die Botschafterstelle beim Vatikan hatte Bismarck bereits gestrichen.

Die eigentlichen Strafgesetze schließlich bildeten ein viertes Gesetzespaket, das 1874 und 1875 in Kraft trat. Nennen muss man das Expatriierungsgesetz, also Ausweisungsgesetz, gegen Geistliche, die eine Anerkennung der Staatsgesetze verweigerten, das Sperrgesetz mit der Möglichkeit der Einstellung von Staatsleistungen für die katholische Kirche sowie über die grundsätzliche Auflösung aller Orden und ordensähnlichen Kongregationen im Königreich Preußen.

Vor allem die innerkirchlichen Eingriffe und die Strafgesetze machten aus den Grenzregelungen ein schweres und opferreiches Gefecht, denn mit Unterstützung von Papst Pius IX. weigerte sich die Kirche, den Gesetzen zu gehorchen, und der Staat versuchte, den Widerstand zu brechen. Bischöfe und Geistliche wurden abgesetzt, es hagelte Geld- und Gefängnisstrafen. „Zeitweilig waren alle preußischen Bistümer und rund ein Viertel der Pfarrstellen verwaist.“ (Krockow)

Bereits Mitte der 1870er Jahre erkannte Bismarck das Scheitern des Kulturkampfes, aber erst 1878/79 erlebte dieser seine Peripetie, seinen entscheidenden, von Bismarck aus poli-

tisch-pragmatischen Gründen herbeigeführten Wendepunkt. Der Reichskanzler brauchte die politische Unterstützung des Zentrums für die Eröffnung des legislativen Kampfes gegen die Sozialdemokratie, der Widerstand des Hofes wurde ungemütlich, das politische und geistige Klima in Deutschland zunehmend vergiftet, der Papstwechsel in Rom von Pius IX. zu Leo XIII., der für die Wiederherstellung des Kirchenstaates die Hilfe Preußens benötigte, ermöglichte eine Annäherung an den Vatikan. Vor allem aber: Die politischen Ziele, die Zerstörung des Zentrums und die Schwächung bzw. Spaltung des Katholizismus waren in weite Ferne gerückt. Die Zahl der Zentrumssitze im Preußischen Landtag war zwischen 1870 und 1879 von 58 auf 97 gestiegen, im Reichstag zwischen 1871 und 1878 von 60 auf 94, Ausdruck einer erheblichen Politisierung der katholischen Gläubigen, über alle gesellschaftlichen Grenzen hinweg.

Die Entlassung von Kultusminister Falk 1879 war eine Art Bauernopfer. Bismarck wusch seine Hände in Unschuld. „Erst durch die Praxis überzeugte ich mich, daß die juristischen Einzelheiten nicht richtig gegriffen waren. Der Mißgriff wurde mir klar an dem Bilde ehrlicher, aber ungeschickter preußischer Gendarmen, welche mit Sporen und Schlepssäbel hinter gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hintertüren und Schlafzimmer nachsetzten.“

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan konnte sich Bismarck, der in der Kurie die eigentliche Achillesferse des Zentrums sah, erfolgversprechender um Einwirkungen Roms auf die Politik der katholischen Partei in Preußen und im Reich bemühen. „Leo XIII. half leise, aber wirkungsvoll“ – wie es Manfred Görtemaker ausdrückt, „Bismarcks Ausgleich mit dem Zentrum zustande zu bringen.“ Immer war es eine Methode Bismarcks, Feinde dann zu Freunden zu machen, wenn man sie nicht besiegen konnte. Aber doch dauerte es insgesamt 10 Jahre, bis mit den Friedensgesetzen 1886 und 1887 zumindest legislativ und exekutiv der Krieg abgeschlossen wurde und der Papst am 23. Mai 1887 erklären konnte: „Der Kampf, der die Kirche schädigte und dem Staat nicht nützte, sei nun beendet.“ Die schärfsten Kampfgesetze hatte man zurückgenommen, ohne auf die staatliche Schulaufsicht, die Zivilehe oder die Anzeigepflicht bei der Ernennung von Geistlichen zu verzichten.

Warum das Ganze? Das Schulaufsichtsgesetz, das staatliche Standesamt und die Bestimmungen zum Kirchenaustritt lassen sich der Verfassungs- und Kirchenpolitik zuordnen, was auch daran zu erkennen ist, dass sie beide Konfessionen gleichermaßen trafen. Alle anderen Rechtsnormen zielten auf den politischen Katholizismus, den Ultramontanismus und auch auf die katholische Kirche, spielten sich also auf dem innenpolitischen Gefechtsfeld ab. Die doppelte Stoßrichtung hatte allerdings ein einheitliches strategischen Ziel: Den Schutz, die Stärkung der konservativen, christlich-säkularen und souveränen Monarchie, konkretisiert im Königreich Preußen und im preußisch-deutschen Kaiserreich. Das eigentliche staats- und kirchenpolitische Kampfziel der Liberalen, die „Freiheit der Kultur und des Humanismus“, war Bismarck fremd, nicht aber die staatlichen Vorstellungen der Nationalliberalen.

Für die staats- und gesellschaftspolitische Arbeit und für die Rolle der politischen Parteien im Staatsgefüge hatte Bismarck wenig Verständnis. Aber er arrangierte sich pragmatisch mit dem Unvermeidlichen, indem er den Mitgestaltungsanspruch der Parteien immer dann anerkannte, wenn die politischen Ziele in seine Konzepte passten. Im anderen Fall unterlief und bekämpfte er sie als angeblich staatsgefährdend. So wurden die Liberalen seine nützlichen Partner im Kulturkampf.

Zum eigentlichen Stein des Anstoßes, zum Skandalon, zum Bösen, das vom rechten Staat wegführte, zum Anlass für den Angriffsbefehl wurde das politische Programm des Zentrums, jedenfalls wie Bismarck es verstand: Die föderativen Bestrebungen, die großdeutsche Orientierung an Österreich, Kettlers „deutschem Ost-Reiche“, der Widerstand gegen den preußisch-deutschen Nationalstaat und damit die Gefährdung der kleindeutschen Reichsgründung. Hinzu kam die Funktion des Zentrums, nach den Wahlen am 3. März 1871 zweitstärkste Fraktion im neuen Reichstag, als Kristallisationspunkt ähnlich denkender politischer Gruppierungen, als Sammelpunkt einer „Mobilmachung der Reichsfeinde gegen das neue Reich“. Seine Furcht vor einer „Priesterherrschaft“ neben der „Königsherrschaft“ schließlich wurde durch das Unfehlbarkeitsdogma und die damit verbundene Gefahr einer indirekten Mitregierung des Papstes verstärkt.

Lassen Sie mich, auch um Bismarcks Rhetorik an einem Beispiel zu zeigen, einige Passagen aus der großen Kampfrede im preußischen Herrenhaus am 10. März 1873 zitieren: „Die Frage, in der wir uns befinden, wird m.E. gefälscht, und das Licht, in dem wir sie be-

trachten, ist ein falsches, wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unsern katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche; es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, den Machtstreit, in dem Agamemnon in Aulis mit seinen Sehern lag, der ihm dort die Tochter kostete und die Griechen am Auslaufen verhinderte, den Machtstreit, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des Deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beil eines französischen Eroberers auf dem Schafott starb und daß dieser französische Eroberer im Bündnis mit dem damaligen Papste stand. [...] Es handelt sich um die Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt.“

Aber obgleich das rhetorische Feuerwerk nur den großen politischen Staats-Kirchen-Machtkampf mit einer die ganze Menschheitsgeschichte umfassenden Perspektive beleuchtete, ein Feuerwerk, an dem auch die Liberalen Gefallen finden sollten, war die Bismarck'sche Kriegserklärung eine Antwort auf die von ihm so gesehenen oder als angebliche Gefahr instrumentalisierten „Reichsfeinde gegen das neue Reich.“ Im preußischen Abgeordnetenhaus hatte Bismarck am 30. Januar 1872 Ludwig Windthorst entgegen geschleudert: „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete (...). Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat.“

Das immer größer werdende Zentrum als Opposition mit einem breiten gesellschaftlichen Resonanzboden wurde aktiv und passiv zu einem Partner für andere oppositionelle Gruppierungen. Das verstärkte Bismarcks Gegnerschaft und Phobie.

Ich möchte es gerne mit den Worten Winfried Beckers sagen, weil wir diesem Passauer Historiker viele wichtige Erkenntnisse über den Kulturkampf verdanken: „Zur Rechtfertigung

seines Angriffs entwarf er das Bild einer ‚ultramontanen‘ Partei, der neben der Zentrumsfraktion und Windthorst die Jesuiten, die deutsche Geistlichkeit, deren Episkopat und den Papst umfaßte und mit allen denkbaren staatsgefährlichen Elementen im Bunde stand: mit Polen und Frankreich, innenpolitisch mit den Sozialdemokraten, der sozialen und demokratischen Revolution, mit der Fortschrittspartei und mit den evangelischen Konservativen.“

Man hat immer wieder die Frage gestellt, warum Bismarck diesen politischen Kampf so emotional-kriegerisch und nicht mit moderateren Mitteln geführt hat. Die von der Zentrumsfraktion auf Initiative des Mainzer Bischofs, Politikers und Publizisten Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler im März 1871 verabschiedeten „Grundsätze für ihre Tätigkeit“ unter dem Motto „Justitia fundamentum regnorum“ (Gerechtigkeit ist das Fundament der Königreiche) ließen sich selbst mit bösem Willen nicht als staatsgefährdend interpretieren.

An dieser Stelle muss man über „Kampf“ als Bismarcks politisches Lebenselixier sprechen. Kultusminister von Mühler meinte 1872, also nach seiner Entlassung, Bismarck, mit dem er 10 Jahre gemeinsam Politik gemacht hatte, verachte die geistigen und moralischen Hebel der Politik. „Blut und Eisen – materielle Machtmittel – sind die Faktoren, mit denen er rechnet.“ Und Christian Graf von Krockow hat 1997 festgestellt, dass Bismarcks ganze Laufbahn mit dem Entweder-Oder, mit dem Kampf bis zum Äußersten verbunden gewesen sei.

Entsprachen den Kämpfen für die äußere Einheit Deutschlands 1864, 1866, 1870/71 die Kämpfe um den Ausbau der inneren Einheit? Brauchte Bismarck Feinde – wirkliche, eingebilddete, erfundene – deren gemeingefährliche Bestrebungen Integration und Konzentration der staatserhaltenden Kräfte erforderten, Feinde wie den politischen Katholizismus bis 1878 und anschließend die Sozialdemokratie? Vom Primat der Außenpolitik zum Primat der Innenpolitik. Zum deutschen Nationalgefühl, zum Nationalismus des jungen Deutschen Reiches oder ganz allgemein zum politischen Denken der Zeit gehörte dank Bismarck die Gefährdung durch innere Feinde, deren zusätzliches Kennzeichen die Steuerung von außen und die internationale Verankerung war. Wir erkennen beim Kampf gegen den politischen Katholizismus und gegen die Arbeiterbewegung Strukturelemente, die auch den Antisemitismus kennzeichnen. Denken Sie an das Loblied auf meinen Urgroßonkel: „Alle Juden hasst er sehr, Katholiken noch viel mehr.“

Auch die preußisch-polnische Problematik, die Rolle der Provinz Posen, spielte in Bismarcks Denken eine große Rolle. Schon 1848 hatte er sich als junger Abgeordneter im preußischen Landtag antipolnisch geäußert, vor einer Nachgiebigkeit gegenüber Polen oder gar

einer Wiederherstellung Polens gewarnt, weil das „Preußens beste Sehnen“ durchschneiden würde. Auf den Kulturkampf zurückblickend meinte Bismarck: „Der Kulturkampf war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite [...]. In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Menschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung [des preußischen Kultusministeriums] polnisch erzogen und amtlich ‚Polen‘ geworden.“ Das ist – leicht erkennbar – nur die halbe Wahrheit, denn der Kulturkampf wurde ja nicht nur in der Provinz Posen, sondern im ganzen Reich geführt. Verhängnisvoll wirkten sich in Polen die Kombination der Diskriminierung des Katholizismus mit Germanisierungsaktivitäten aus sowie die Tatsache, dass man mit der Kirche und den Geistlichen den eigentlichen Träger der polnischen Kultur, Sprache und Tradition traf. Das verstärkte die Solidarisierungsvorgänge in der polnischen Bevölkerung, gerade auch im ländlichen Bereich, erheblich; die große polnische Bevölkerungsmehrheit, vor allem in der Provinz Posen, politisierte sich.

1872 wurde die deutsche Unterrichtssprache in Schlesien und 1873 in Posen/Westpreußen eingeführt, die polnische Sprache als Unterrichtsfach und als Sprache des Religionsunterrichts wurde nach und nach eingeschränkt, polnische Schulbücher verschwanden 1874. Zwei Jahre später wurde Deutsch als Geschäftssprache der Behörden und der Öffentlichkeit festgelegt. Parallel dazu liefen die Kulturkampfmaßnahmen wie auch sonst im Reich: Der Erzbischof von Posen, Mieczysław Halka-Ledóchowski landete wegen seines Widerstands 1874 im Gefängnis und wurde 1876 ausgewiesen. Auch zahlreiche andere Geistliche wurden verhaftet, die Priesterstellen blieben anschließend unbesetzt.

Abgrenzung, Zwangsgermanisierung, Kulturkampf als Maßnahmen zur Förderung der deutsch-nationalen Einheit hatten hier in großem Umfang Desintegrationsvorgänge zur Folge. Das polnische Beispiel zeigt besonders deutlich, dass Bismarck an der Integration konfessioneller und nationaler Minderheiten in das neue Reich kein Interesse hatte oder, anders ausgedrückt, dass sein Weg der Integration des Reichs essentiell mit Exklusion, mit Ab- und Ausgrenzungsmaßnahmen verbunden war.

Die außenpolitischen Aspekte in Bismarcks Kulturkampf-Strategie sollte man nicht zu stark betonen. Natürlich hatten die preußisch-deutschen Einigungskriege gegen die „katholischen“ Mächte Österreich und Frankreich auch eine konfessionelle Note und der Sieg Preußens wurde vielfach mit Hinweisen auf die „Überlegenheit des Protestantismus“ gegenüber den „dümmen Katholiken“ interpretiert. Aber die Überlegung, dass Bismarck mit dem Kul-

turkampf eine Allianz des Reichs mit Italien und Russland gegen die katholischen Staaten Frankreich und Österreich schmieden wollte, kann nicht sonderlich überzeugen. Der preußisch-deutsche Kulturkampf ist in erster Linie ein innenpolitischer Vorgang.

Wichtig, ja unverzichtbar war hier Bismarcks Bündnis mit den Liberalen, insbesondere den gouvernemental eingestellten liberal-konservativen Nationalliberalen, seinen Partner bei der Stärkung der staatlichen Souveränität und der nationalen Einheit. Die mitte-linksliberale Vorstellung einer radikalen Trennung von Politik und Religion ging Bismarck freilich viel zu weit, aber von einer Teilmenge der liberalen Zielvorstellungen war er durchaus überzeugt. Nur insoweit kann man Manuel Borutta zustimmen, wenn er in seiner 2010 erschienenen großen Arbeit über den Antikatholizismus in Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe feststellt, dass Bismarck nach 1871 wie ein Liberaler redet und handelt. Jedenfalls konnte er die Liberalen ein Stück Weges als Begleiter gebrauchen. Vielleicht kann man etwas plakativ formulieren, dass es Bismarck um eine weitgehende Trennung von Staat und Kirche, vielen Liberalen aber um eine grundsätzliche Trennung von Politik und Religion ging, bei der das Staats-Kirchen-Verhältnis nur ein Unterpunkt war.

Den Liberalen war diese politische Partnerschaft offensichtlich so viel wert, dass sie beispielsweise auch den illiberalen Zwangsgesetzen zustimmten und dadurch eigene Grundpositionen verrieten. Immerhin verweigerten sie ein Gesetz zur Bestrafung von „Ruhestörung durch Erregung kirchlichen Unfriedens“ und zumindest verbal machten sie gegen das „gehässige“ und „inhumane“ Vorgehen preußischer Beamter Front. Andererseits waren sie aktive Partner Bismarcks bei der „parlamentarischen Isolierung der demokratischer, liberaler, propolnischer, frankophiler, welfischer und eben ultramontaner Tendenzen verdächtigten Zentrumspartei“ (Winfried Becker).

Und hier erreichen wir schließlich einen Punkt, an dem man fragen muss, ob der von der Monopolstellung des Staates überzeugte Machtpolitiker Bismarck in seinen temporären Hassgegnern Zentrum und Windthorst nicht auch die gefährliche Existenz einer den Staat einschränkenden, nach Machtbeteiligung strebenden, sich aus den traditionellen Staatsfesseln emanzipierenden Gesellschaft bekämpfte. Nicht erst die Windthorst-Biographie von Margaret Lavinia Anderson hat uns die modernen, parlamentarischen, die politisch-kulturelle Demokratisierung vorantreibenden Elemente des politischen Katholizismus vor Augen geführt, zu denen auch die Orientierung an rechtsstaatlichen und föderalen Prinzipien und die Aktivierung gesellschaftlicher Kräfte gerechnet werden darf. Natürlich hatte der politische Katholi-

zismus des späten 19. Jahrhunderts erhebliche antimodernistische Elemente, aber er war insgesamt, um eine glückliche Formulierung von Wilfried Loth zu verwenden, „eine moderne Bewegung gegen die Moderne“. Das ließe sich in einem gewissen Sinne auch von Bismarck und seinem Kulturkampf sagen.

7

Ich komme zum Schluss. Wenn Bismarck rückblickend von einem „günstigen Ergebnis“ des Kulturkampfs für den Staat im Vergleich zur Situation vor 1871 spricht, so kann man das allenfalls für das Staats-Kirchenverhältnis gelten lassen. Die Kompetenzbereiche des Staates und der Kirche wurden deutlicher voneinander abgegrenzt, auseinandergerückt, ja geschieden. So gesehen ist der Kulturkampf ein wichtiger Teil der Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche, wie sie dann in der Weimarer Verfassung vorgenommen wurde. Den politischen Zielen der Eliminierung des politischen Katholizismus und der Nationalisierung der römisch-katholischen Kirche hatte sich Bismarck nicht einmal annähern können.

Für den politischen Katholizismus und die Kirche standen am Ende des Kulturkampfs so etwas wie ein Verteidigungssieg. Hans Maier hat 1990 in Trient in einem glänzenden kleinen Essay den Rückgang der kulturellen Handlungsfähigkeit des Katholizismus seit dem 18. Jahrhundert beschrieben. Dieser Rückgang hatte zur Folge, dass die Katholiken sich im Kulturkampf nur mehr politisch, nicht aber kulturell zu wehren vermochten. Die Änderungen, die hier im ausgehenden 19. Jahrhundert eingetreten sind, stehen mit dem Kulturkampf in unmittelbarem Zusammenhang. Die politische Verteidigungsschlacht mit ihren organisatorischen, programmatischen, emotionalen und mentalen Wirkungen führte nicht nur zu einer politischen Stärkung, sondern auch zur Wiederherstellung der kulturellen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit. Auch im Protestantismus folgte dem Kulturkampf eine gesellschaftliche und politische Festigung.

Für die innere Entwicklung Deutschlands hatte der Kulturkampf schwerwiegende und lang anhaltende negative Folgen. Für Bismarck war er zu einem großen Teil die Fortsetzung der außenpolitischen Einigungskriege auf dem innenpolitischen Gefechtsfeld. Sein staatspolitisches Ziel, den preußisch-deutschen Nationalstaat, die kleindeutsche Reichseinheit hatte er 1871 erreicht. Diese sollte und musste durch eine innere Reichsgründung gefestigt werden.

Hierbei ging Bismarck nicht den Weg der friedlichen gesellschaftlichen Integration, sondern den des kriegsgleichen Kampfes gegen vermeintliche Reichsfeinde im Inneren, die als un-deutsch und Teil einer „schwarzen“, später „roten Internationale“ ab- und ausgegrenzt werden müssten. So wie die Kirche, sollte auch die Gesellschaft dem Staat untergeordnet werden. Der Architekt, oder sollte man besser sagen „der kommandierende General“ der nationalstaatlichen Einheit verhinderte so die eigentlich zwingend erforderliche gesellschaftliche Integration. Man könnte auch formulieren: Bismarck förderte die äußere und verhinderte die innere Einheit des Deutschen Reiches.

Der Verständigungsfrieden von 1886/87, mit dem Bismarck den partiellen Verteidigungssieg des politischen Katholizismus und der Kirche akzeptierte, hat die seit der Reichsgründung auf beiden Seiten entstandenen Schützengräben nicht zugeschaufelt. Misstrauen, Vorbehalte, Verdächtigungen, Ab- und Ausgrenzungen haben sich lange gehalten. Meine Studenten an der Universität der Bundeswehr können es nicht glauben, wenn ich Ihnen erkläre, dass die Kriegsverbrechen der deutschen Truppen zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Belgien auch damit zusammenhängen, dass man sich selbst als reichs-protestantisch, die belgische Zivilbevölkerung aber als reichsfeindlich-katholisch verstand.

Fernwirkungen des Kulturkampfes lassen sich bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein beobachten, bis in die Zeit Konrad Adenauers, wie Bismarck Träger des päpstlichen Christusordens, geboren 1876, also in einem besonders konfliktreichen Jahr des Kulturkampfes, im damals preußischen Köln. Der dortige Erzbischof, Paulus Melchers, war nach einer Haftstrafe und der Pfändung und öffentlichen Versteigerung seines Vermögens 1875 in die Niederlande geflohen. Im Geburtsjahr Konrad Adenauers erfolgte in Anwendung der Maigesetze von 1873 die Amtsenthebung durch den preußischen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten.

Aber der Bogen von Reichskanzler Bismarck zu Bundeskanzler Adenauer, das ist eine andere Geschichte.

Bemerkung

Das Manuskript gibt den Wortlaut des Vortrages wider, der am 30. Juli 2013 im Rahmen der dritten Sommerakademie der Abtei St. Bonifaz in München gehalten wurde; er wurde für die Präsentation im Netz nicht eigens überarbeitet; die Angabe von Belegen und Literatur lag im Ermessen der Referenten, ebenso die Verwendung von alter oder neuer Rechtschreibung. Das Manuskript ist nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.